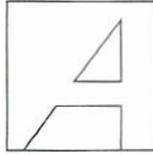


Däumer	Außenstelle Madrid
--------	-----------------------



Konrad
-Adenauer-
Stiftung



30. Mai 2005

Kehrt Spaniens Opposition auf die politische Bühne zurück? Reaktionen auf das „Non“ Frankreichs zur Europäischen Verfassung und ihre Konsequenzen

Auf das „Nein“ Frankreichs bei der Volksabstimmung zur Europäischen Verfassung am 29. Mai 2005 reagierte Spanien allgemein mit großem Bedauern. Mit knapp 77 Prozent hatte Spanien in seinem Referendum am 20. Februar 2005 die Verfassung gebilligt. Sozialisten wie Konservative hatten das europäische Projekt überwiegend befürwortet. Lediglich die kommunistische Vereinigte Linke (IU) sowie einige Regionalparteien wie die linksnationalistische Esquerra Republicana aus Katalonien hatten die Verfassung offen abgelehnt. Dennoch fallen die politischen Reaktionen in Spanien unterschiedlich aus.

In einer ersten Reaktion stellte Ministerpräsident Zapatero klar, dass der Ratifizierungsprozess weitergehen müsse. Erst wenn alle Länder die Verfassung ratifiziert oder die Ratifizierung verweigert haben, sei der Zeitpunkt zum Nachdenken gekommen. Er glaubt, die Spanier hätten mit dem klaren Ja zur Verfassung das Richtige getan, und versichert, die Verfassung werde schlussendlich sämtliche Hindernisse überwinden, da Europa nicht das Problem, sondern die Lösung sei. Alle Europäer müssten das Resultat zur Kenntnis nehmen und ihre Anstrengungen verdoppeln, um den Bürgern klar zu machen, dass diese Verfassung die Rechte der Bürger und den sozialen Rahmen Europas zementiert.

Der für Europa zuständige Staatssekretär im spanischen Außenministerium, Alberto Navarra, unterstreicht die Ansicht Zapateros. Spanien respektiere zwar das Nein Frankreichs, aber auch das Ja der Deutschen, der Italiener, der Ungarn oder der Griechen. Er macht innenpolitische Probleme für das Scheitern verantwortlich.

Rafael Estrella, Sprecher der Sozialisten im Auswärtigen Ausschuss des spanischen Parlaments, glaubt, dass das Nein Frankreichs der Kontinuität der EU als politisches Projekt und als internationaler Politikakteur schadet. Er schlägt dem

Europäischen Rat vor, „den Weg der Ratifizierung ohne Rast weiterzufolgen. Die spanische Regierung sollte stolz sein, dass sie es geschafft hat, ihrem Volk die Idee des Verfassungstextes vermittelt zu haben. Die französische Führung hat dies nicht geschafft“.

Für Trinidad Jiménez, Internationale Sekretärin der PSOE, ist das Nein eine „ganz schlechte Nachricht für ein weiteres Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses“. Sie schlägt eine Wiederholung des Referendums in Frankreich vor – was auch in Dänemark einmal geschah - und spricht sich für ein Fortschreiten des Ratifizierungsprozesses in den übrigen Staaten aus. Jiménez meint, es handelt sich um ein sehr „heterogenes Nein“, da die Mehrheit der Franzosen aus unterschiedlichen Gründen gegen die Verfassung gestimmt hätten. Einige hätten die Abstimmung wohl zum Anlass genommen, ihren Unmut gegen die Politik Chiracs auszudrücken oder wünschten sich eine noch europäischere Verfassung oder lehnten Europa wie es sich heute darstellt mit der Osterweiterung und einem möglichen Türkei-Beitritt grundsätzlich ab. Spanien müsse nun bis November 2006 abwarten, um am Schluss die Ja- und die Nein-Stimmen der Mitgliedsländer zu zählen. Was Frankreich betrifft, so müsse man nun hart arbeiten, damit das Land wieder in den Einigungsprozess zurück findet.

Die Volkspartei bewertet die Folgen für Spanien weitaus kritischer. Dem PP-Vorsitzenden Mariano Rajoy zufolge zeigt das Nein Frankreichs, dass Spanien mit der Wende seiner Außenpolitik einen schweren Fehler begangen hat. Spanien gehöre der „Achse der Verlierer“ an, die Zapatero verteidigt. Dieser hätte vor Deutschland und Frankreich die Hacken zusammengeschnitten und zu allem Ja gesagt. Die „Achse der Verlierer“ ließe Spanien aber nun bei den Verhandlungen über die künftigen Beitragszahlungen hängen, glaubt Rajoy. Für seine Partei komme eine stückweise Annahme der Verfassung nicht in Frage, vor allem nicht die alleinige Annahme des Teils, der die zukünftige Finanzierung regelt, da dies der Teil der Verfassung sei, der Spanien schwer schade.

Während Rajoy, der die Verfassung bisher vehement befürwortete, es unterließ, kritische Töne gegen das Vertragswerk anzuschlagen, ging der Sprecher der PP im Ausschuss für Europäische Angelegenheiten im spanischen Parlament, Roberto Soravilla, sehr viel härter mit der Verfassung zu Gericht. Er vertritt die Auffassung, man müsse die Verfassung nun komplett überdenken und den ganzen Verfassungstext neu aufrollen, sonst drohe in der gesamten EU ein „Domino-Effekt“. Was Spanien betrifft, so meint Soravilla, könne es nun zu Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über die EU-Beitragszahlungen 2007 - 2013 kommen, da nun sowohl Deutschland als auch Frankreich in schwierigen politischen Situationen steckten.

Der aus Spanien stammende EU-Wirtschaftskommissar Joaquín Almunia schätzt, dass trotz des Neins der Franzosen die Verhandlungen zur Finanzierung der Union in der Zukunft bis Ende Juni abgeschlossen werden können. Er erwartet darüber hinaus keine irrationalen Reaktionen der Finanzmärkte, keine Auswirkung auf den Euro-Dollar-Wechselkurs. Genau dies prophezeit jedoch

der Sprecher der PP im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Parlaments, Gustavo de Arístegui. Er glaubt nicht, dass die Entscheidung der Franzosen keinerlei Auswirkungen haben wird, sondern sieht den Reformprozess, die Glaubwürdigkeit der EU und die Stabilität des Euro gefährdet.

Erwartungsgemäß begrüßte die kommunistische Vereinigte Linke (IU) das Ergebnis als „großartige Nachricht“, es werde klar, dass ein „anderes Europa möglich sei“. Willy Meyer, IU-Sprecher im Auswärtigen Ausschuss des Kongresses, versteht die Ablehnung der Verfassung als Ablehnung der Denkweise, man müsse Europa ohne Rücksicht auf die Bürger konstruieren.

Zusammengefasst ist festzustellen, dass trotz des abgeschlossenen Ratifizierungsverfahrens in Spanien die Debatte über die Europäische Verfassung abermals entflammen wird. Zapatero hatte noch bis zum Schluss auf ein knappes positives Ergebnis gehofft. Noch wenige Tage vor dem Referendum in Frankreich war der sozialistische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac gemeinsam aufgetreten, um für das Verfassungswerk zu werben. Um so größer ist die Enttäuschung bei der spanischen Regierung, die nach der Blockade durch Zapateros Vorgänger, José María Aznar von der konservativen Volkspartei (PP), durch eine radikale Wende in der Europapolitik Spaniens und ein einhelliges „Ja“ zur Europäischen Verfassung die Gunst Frankreichs und Deutschlands zu gewinnen suchten. Mit der Rückkehr Spaniens in den europäischen Schoß wollte die Regierung von Zapatero die Zustimmung der „Großen“ in der EU, Frankreich und Deutschland, für eine Fortsetzung der Brüsseler Subventionen für Spanien „erkaufen“. Genau dies werfen die nun politischen Gegner Zapatero vor. Er habe aufs falsche Pferd gesetzt und gehöre nun zur „Achse der Verlierer“.

Für die oppositionelle Volkspartei, die zwar beim Referendum am 20. Februar mehrheitlich, aber mit „Bauchschmerzen“ die Verfassung unterstützt hatte, bietet das französische „Nein“ eine gute Gelegenheit, die sozialistische Europapolitik von Zapatero anzugreifen. Es wird geradezu als ein „Geschenk des Himmels“ gewertet, denn bisher hatte es Zapatero erfolgreich vermocht, die Volkspartei aus der europapolitischen Mitte zu verdrängen. Das wird sich voraussichtlich schlagartig verändern, da die Volkspartei auf die alte Verhandlungstaktik von Aznar als das spanische Erfolgsmodell zurückgreifen wird. Aznar habe es immer wieder vermocht, die nationalen europapolitischen Interessen nicht nur zu verteidigen, sondern auch durchzusetzen. Der „Ja-Sager“ Zapatero hingegen habe falsch gepokert und hoch verloren. Spanien werde nun die Konsequenzen bei den Verhandlungen um die EU-Beitragszahlungen zu spüren bekommen. Mit diesem Argument wird die Volkspartei die sozialistische Regierung, die bereits wegen der kontroversen Autonomiereformen und des Friedensangebots an die Terrororganisation ETA in der öffentlichen Kritik steht, weiter unter Druck setzen. Darüber hinaus gibt der mögliche Regierungswechsel in Deutschland der Volkspartei erheblichen Auftrieb, so dass Rajoy, der als „Mann des Dialogs“ und als eher harmoniesüchtig gilt, härtere Töne anschlagen

könnte. Das Europathema könnte eventuell die Volkspartei aus ihrer bisherigen Lethargie als Oppositionspartei herausholen, die gekennzeichnet war durch eine innerparteiliche Selbstbeschäftigung mit den Gründen der Wahlniederlage vom 14. März. Aus der Sicht der Spanier hatte die Volkspartei in ihren Regierungsjahren zwischen 1996 und 2004 einen erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung produziert, da sie es vermocht hatte, die europäischen Subventionen richtig einzusetzen. Das Scheitern des Europäischen Verfassungsprojektes wird auch als Niederlage von Zapatero und seiner Regierung gewertet, denn werden die EU-Subventionen für Spanien gestrichen und das Land damit erstmals zum Nettobeitragszahler, wird die Volkspartei dies der Regierung anlasten, selbst wenn das Scheitern des Verfassungsvertrages in keinem Zusammenhang mit der künftigen Finanzverfassung der EU steht. Allein die Tatsache, dass Zapatero sich zu sehr auf Deutschland und Frankreich verlassen hat, könnte zu einem Stimmungsumschwung in der spanischen Bevölkerung führen. Zapatero steht nun auch in der bisher als Erfolg verkauften Europapolitik unter Zugzwang.

Michael Däumer
Richard Hawranek